

Erscheint
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
H. Deter, Gottingen-Zürich
Rathhofstr. 11.
Vollsendungen
franco gegen franco.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie

Abonnements
werden nur beim Verlag und
bei den bekannten Agenten ent-
gegengenommen und zwar zum
voraus zahlbaren.
Vierteljahrespreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Mk. 3.— für Deutschland (Gouvern.)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvern.)
Fr. 2. 50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).
Inserate
Die dreispaltige Zeile
25 Gts. — 20 Wg.

N. 47.

Donnerstag, 17. November.

1881.

Isis an die Korrespondenten und Abonnenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird, und die dortigen Behörden sich alle Mühe geben, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erschweren, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzufangen, so ist die höchste Vorsicht im Verkehr notwendig und darf keine Rücksichtslosigkeit verkannt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Haupterfordernis ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressiren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unersüßliche Zustellungsadressen mitgeteilt werden. In zweifelhafte Fälle empfiehlt sich behufs größter Sicherheit Kommandierung. Gedenkt an uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Unser Triumph!

„Ich bin der Riese, der nicht wankt!
Ich bin's, durch den zum Siegesfest
Ueber den tosenden Strom der Zeit
Der Heiland Geist sich tragen läßt!“

Diese Worte, welche Freiligrath in seinem herrlichen Gedicht „Von unten auf!“ dem Maschinenheizer als Verkörperung des Proletariats in den Mund legt, diese martigen erhebenden Worte sind durch die letzten Reichstagswahlen aufs Neue glänzend bekräftigt worden.

„Ich bin der Riese, der nicht wankt“ — ruft das kämpfende Proletariat stolz und siegesbewußt den alten Parteien der Ausbeutung und Unterdrückung zu. „Eure Herrschaft wechselt ab, Ihr werdet getragen von den Zeitströmungen wie die Wellen des Meeres, bald hoch emporgehoben, bald tief hinabgeschleudert, heute Sieger und morgen Besiegte, ich aber marschiere festen Fußes und unbedürftig durch die Brandung meinen Weg, eure wüthendsten Angriffe zerfressen an mir, wie die anstürmenden Wogen an dem Fels im Meere!“

Die Partei des Proletariats, die vernichtet, zertrümmert werden sollte, sie steht trotz Sturm und Ungewitter unerschüttert wie zuvor, ja noch mehr, sie ist trotz Sturm und Ungewitter erheblich gewachsen.

Wir haben ein Recht, uns dessen zu freuen, Begeisterung zu schöpfen aus dem glorreichen Resultat des harten, schweren Kampfes, den wir gekämpft. Der Sieg, den wir am 27. Oktober errungen, den selbst unsere Feinde offen zugestehen, er ist ein untrüglicher Beweis von der Macht unserer Prinzipien, ein unverkennbarer Vorbote des unausbleiblichen Triumphes unserer Sache.

Wie konnten wir, die Macht- und Wehrlosen, den Kampf aufnehmen gegen die Reichen und Mächtigen im Lande? Wie war es möglich, daß wir, die Unterdrückten, den Kampf siegreich zu führen vermochten gegen die Gewaltthäter? Wir, die wir zum überwiegenden Theil kaum das für uns zum Leben Unerläßliche aufzubringen vermögen, gegen die, welche im Ueberflusse leben und für welche eine Bagatelle ist, was uns unerschwinglich erscheint, wir, die wir den Wählern nichts zu versprechen vermochten, als den Kampf, nichts zu bieten als Verfolgungen, wenn sie für uns eintreten, gegen die, welche die Schwachen einzuschüchtern, die Schwankenden zu korrumpiren, die Entschlossenen zu drangsaliren vermochten!

Allen Vortheilen, welche unseren Feinden im Kampfe zur Seite standen, hatten wir nur Eines entgegenzusetzen: die vollbewußte Ueberzeugung, daß auf unserer Seite die Wissenschaft und das Recht stehen, und drüben Unrecht und Vorurtheil. Nur diese Ueberzeugung konnte uns den Muth verleihen, einen Kampf einzugehen, den sonst nur die Verzweiflung unternehmen würde.

Diese Ueberzeugung uns zu bewahren, ist daher unsere heiligste Pflicht. Wir können sie aber nur dadurch bewahren, daß wir an unseren Prinzipien ihrem vollen Inhalt nach unentwegt festhalten gegen alle Angriffe, kommen sie von welcher Seite sie wollen. Sobald wir auch nur ein Titelchen derselben preisgeben, ist unser Banner entweiht, werden unsere Kadres zerfallen; die Wissenschaft kennt kein Markten und Heilschen, Prinzipien, mit denen man Schacher treibt, sind nur dem Namen nach Prinzipien.

Unser Programm ist ein echt wissenschaftliches, es fußt nicht auf willkürlichen Vorstellungen und Begriffen, sondern auf historischer und sozialwissenschaftlicher Erkenntniß. Man hat es zu entstellen und zu verzerren, aber nicht zu widerlegen vermocht. Auf Grund unseres Programms nennen wir uns Sozialdemokraten. In dem Namen liegt unser Programm. Wir sind keine Sozialdemokraten mehr, wenn wir auch nur einen Augenblick den demokratischen Gedanken der Gleichheit, der Volkssouveränität fallen lassen, wenn wir auch nur einen Augenblick vergessen, daß die Befreiung der Arbeiter das Werk der Arbeiterklasse selbst sein muß, der gegenüber alle anderen Klassen nur eine reaktionäre Masse sind. Und wir sind keine Sozialdemokraten mehr, wenn wir auch nur vorübergehend außer Acht lassen, daß politische Freiheit bei sozialer Ungleichheit ein Unding ist.

Oft genug ist der Versuch an uns herangetreten, bald von dieser, bald von jener Seite, einmal drohend, ja gewaltthätig, das anderemal schmeichelnd, fast bittend, immer aber nur ein „klein wenig Nachgiebigkeit“ fordernd, weiter nichts als das „Beiwert abzustreifen“, das „Nebensächliche“, „vorläufig“ hintanzustellen, — und immer war die Antwort ein entschiedenes Nein! Denn das „so Nebensächliche Beiwert“ war der kleine Finger, dem die Hand, der Arm und schließlich der ganze Körper hätte folgen müssen, es war der Haartwuchs, der dem revolutionären Simon die Kraft geraubt, den Philistern die Macht über ihn verliehen hätte.

Die feste Organisation der deutschen Sozialdemokratie, von der unsere Gegner Wunderdinge fasseln, sie besteht nicht in einem äußeren Bande, sie beruht nicht in sorgfältig geführten Listen

und dergleichen Krimskrams, sie sitzt in den Köpfen, sie beruht auf der Erkenntniß! Von dieser auch nur ein Titelchen aufgeben, heißt sie ganz aufgeben. Das wissen unsere Gegner sehr gut, und daher ihre unablässigen Versuche, uns zu Konzessionen zu veranlassen. Sie fürchten uns, trotzdem wir heute unterdrückt sind, denn so wenig sie die Wissenschaft austrotten können, so wenig können sie der Sozialdemokratie den Garaus machen, so lange dieselbe die Wissenschaft auf ihrer Seite hat. Darum noch einmal, unsern Sieg verdanken wir der Unversalität unseres Programms, welches den Fortschritt auf allen Gebieten vertritt. Um uns herum bekämpfen und beschimpfen sich die Parteien der alten Gesellschaft, uns konnten sie nichts anhaben.

Woher das sonderbare Schauspiel, daß sie uns, die wir ihnen Allen unterthönischen Krieg erklärt haben, die sie alle gleichmäßig hassen, hin und wieder dem jeweiligen Gegner vorzuziehen erklärten? War es lediglich der Haß, die Erbitterung des Kampfes? Mit Nichten. Jede Partei, die heute an dem öffentlichen Kampf theilnimmt, ist gezwungen, so reaktionär sie auch sonst ist, eine dem Geist der Neuzeit entsprechende Forderung in den Vordergrund zu stellen. Unter sich kämpfen sie ja gerade darum, welcher Forderung der Vortrang gebührt, bei uns aber existirt dieser Streit nicht, wie wir oben gezeigt haben, und das ist die einzig richtige Erklärung für eine Erscheinung, die sonst unbegreiflich wäre.

Vor drei Jahren erließ man ein Gesetz, das uns vernichten sollte, man handhabte es mit ausgefuchter Brutalität, man legte es sehr bald noch weit schärfer aus, als es ursprünglich beabsichtigt war, und heute, nach drei Jahren dreht sich noch immer der ganze politische Kampf um uns; man streift sich erbittert darüber, wie man uns am leichtesten vernichten könne, wie man die Arbeiter durch Erfüllung ihrer „berechtigten“ Forderungen von der Sozialdemokratie losreißen könne, man macht sich gegenseitig für unser Wachsthum verantwortlich, und trägt dabei auf beiden Seiten, wenn auch unfreiwillig, zu unserm Wachsthum bei; in einem Athem erklärt man uns für das größtbedenkliche und für das kleinste Uebel, man bemüht sich, unsere Stimmen zu fangen und führt uns im selben Augenblick die eigenen Stimmen zu, und schließlich kommt man in der Rathlosigkeit zu uns gelaufen und bittet uns, wir möchten doch ein Einsehen haben und selbst zu unserer Ausrottung behüßlich sein — das ist das Bild, welches unsere Gegner uns drei Jahre nach Erlaß des „Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ bieten, und so sehr wir uns unserer Wählerfolge freuen, dieses Bild beispielloser Verfahrenheit unter unsern Gegnern ist unser größter Triumph!

Unsere Stichwahlen.

Ehe wir unsere vorige Nummer in die Presse gaben, konnten wir ihr noch die freudige Nachricht von sieben erkämpften Wahlsiegen einflügen, heute können wir mit Stolz konstatiren: daß die Sozialdemokratie stärker in den Reichstag zurückkehrt, als sie ihn verlassen hat.

Wir lassen zunächst eine Aufstellung der bei den Stichwahlen erzielten Resultate folgen, indem wir der Uebersicht halber auch die bereits früher gemeldeten einreihen:

- Gewählt haben wir in:
- 1) Mainz: W. Liebknecht 8,149 gegen 7,529;
 - 2) Breslau (Ostkreis): W. Hasenkleeper 8,455 gegen 6,897;
 - 3) Breslau (Westkreis): Jul. Kradler, 8,312 gegen 7,898;
 - 4) Greiz: W. Bloss 4,711 gegen 2,613;
 - 5) Offenbach: W. Liebknecht, 11,194 gegen 7,586;
 - 6) Hanau: K. Frohme, 9,948 gegen 7,733;
 - 7) Solingen: Kittinghausen, 9,013 gegen 6,043;
 - 8) Nürnberg: K. Grillenberger, 12,338 gegen 11,213;
 - 9) Hamburg: H. Diez 12,437 11,349;
 - 10) Wittweida: Georg Vollmar, 7,603 gegen 7,330;
 - 11) Freiberg i. Sachl.: Max Kasper, 7,957 gegen 7,382;
 - 12) Chemnitz: Bruno Geiser, 14,566 gegen 11,419;
 - 13) Zwickau: Wilhelm Stolle, 11,683 gegen 7,286.
- Unterlegen sind wir in:
- 1) Eibersfeld: W. Oppenheimer, 12,172 gegen 13,157;
 - 2) Frankfurt a. M.: Rud. Döll 8,602 gegen 9,146;
 - 3) Dresden: A. Bebel, 10,856 gegen 14,143;
 - 4) Leipzig: A. Bebel, 9,821 gegen 11,863;
 - 5) Magdeburg: L. Bierck, 6,931 gegen 9,818;
 - 6) Hannover: Reiser, 5,884 gegen 9,587;
 - 7) Berlin IV.: A. Bebel: 18,979 gegen 19,000;
 - 8) Berlin VI.: W. Hasenkleeper, 17,377 gegen 17,946.
 - 9) Altona: W. Hasenkleeper, 9,038 gegen 11,230.

Die Wuth unserer Gegner über unsere Siege ist grenzenlos und macht sich in den allerersten Ausdrücken Luft. Geradezu kindisch sind die Versuche, welche Fortschrittler und Nationalliberale anstellen, um unsere Erfolge, die sie nicht ablenken können, zu verkleinern und lediglich auf Konto der Konservativen und Ultramontanen zu stellen. Die biederen „Freiheitsmänner“ scheuen sich dabei nicht, bewußte Lügen in Circulation zu setzen. Während es feststeht, daß in allen Wahlkreisen, wo die Liberalen mit uns in Stichwahl kamen, ein großer Theil der Konser-

vativen, insbesondere die höheren Beamten, die Geburtsaristokratie, sich der Abstimmung enthalten haben und nur in einigen ein Theil der konservativen Wählerschaft aus leicht begreiflichen Gründen die Sozialisten den Manchestermännern vorzog, wird der gesammte Zuwachs unserer Stimmen schlankweg als konservativ ausgeschrieben.

Auch die edle „Frankfurter Ztg.“ hat dem Kerger des Herrn Sonnemann darüber, daß er, der große Demokrat, mit dem Arbeiter Döll in die Stichwahl gehen mußte und nur mit Ach und Krach über ihn siegte, in acht jesuitischen Beschuldigungen Ausdruck gegeben. Die 4,000 Stimmen Zuwachs sind Alles: konservativ, ultramontan, national-liberal, nur nicht sozialistisch! Wie steht es aber in Wahrheit? In derselben Nummer noch muß die „Frankfurter Ztg.“ zugeben — freilich that sie es an unscheinbarer Stelle und mit noch unscheinbarer Schrift, daß alle Post-, Polizei- und Reichsbahnbeamten, Schugente und Geistlichen, sowie fast alle Gymnasiallehrer sich der Stimme enthalten hatten. Die Nationalliberalen hatten entschieden Wahlentsagung proklamirt, die Ultramontanen und die Konservativen solche anempfohlen — thut alles nichts — nicht eine einzige sozialistische Stimme ist für Döll hinzugekommen. Daß in 18 Wahlbezirken, und gerade in den Arbeitervierteln, unser Zuwachs um zusammen 688 Stimmen größer ist als die drei genannten Parteien am 27. Oktober insgesamt erzielten, wird lässlich verschwiegen, auch hütet sich das Frankfurter Weltblatt, den Bittelbrief Sonnemanns an Windthorst in Sachen der Mainzer Wahl zu publiziren, es wird da nämlich sicherlich auch der Frankfurter Wahl gedacht worden sein, jedenfalls hat, wie wiederum später zugestanden wurde, ein Theil mindestens der Frankfurter Katholiken für Sonnemann gestimmt.

Berücksichtigt man das Alles, so steht fest, daß von den 4,000 Stimmen, welche Döll mehr erhielt, mindestens drei Fünftel ungeworben sind. Das ist für die Volkspartei und Herrn Sonnemann zweifelsohne nicht sehr schmeichelhaft, aber es ist Thatsache.

Um bei dem Thema zu bleiben, wollen wir gleich der Stichwahlen in Berlin erwähnen, von denen es auch in der fortschrittlich-volksparteilichen Presse heißt, daß der Zuwachs unserer Stimmen ausschließlich aus dem konservativen Lager herkomme. Daß wir 1878 schon im ersten Wahlgang wo Konservative und Christlich-Soziale für ihre eigenen Kandidaten stimmten, über 30,000 Stimmen im vierten und über 15,000 im sechsten Wahlgang ins Feld führten, wird absichtlich verschwiegen. Daß ein Theil der Wähler, die am 27. Oktober für Wagner, bezw. Stöcker gestimmt haben, in der Stichwahl Bebel und Hasenkleeper den Vortzug geben würden, sagten wir schon in der vorigen Nummer voraus. Es sind das jene Elemente, die ihrer sozialen Stellung nach zu uns gehören (Kleingewerbetreibende, Subalternbeamte u.), die mit den konservativen Bestrebungen der Herren Stöcker und Wagner absolut nichts zu thun haben, und die für unsere Kandidaten stimmten, unbedürftig darum, daß der von den Herren Stöcker und Wagner unsern Berliner Genossen angetragene Kompromiß von den Letzteren abgelehnt und diese Ablehnung noch vor der Wahl in der Berliner Presse veröffentlicht worden war. Die Mehrzahl des Stimmenzuwachses aber rührt von Arbeitern her, die am 27. Oktober nicht gestimmt hatten, weil sie einen Sieg unserer Partei für nicht möglich hielten, und die nunmehr freudig zur Fahne zurückkehrten. Unser Stimmenzuwachs beschränkt sich fast ausschließlich auf die Arbeiterviertel, wie folgende Zahlen beweisen:

Vierter Wahlkreis.		
Die Viertel, in denen das Proletariat überwiegt:		
	Bebel.	Träger.
Schlesisches Thor	3,526	2,242
Grüner Thor	3,161	1,900
Heinrichsplatz	2,935	1,895
Osbahn	2,711	2,414
	11,433	8,161
Die Viertel, in denen Beamte und Geschäftsteuere mit Proletariat untermischt wohnen:		
	Bebel.	Träger.
Stralauer Viertel	1,016	2,253
Andreasplatz	2,074	2,195
Frankfurter- u. Landsbergerstr.	4,456	6,421
	7,546	10,869
Sechster Wahlkreis.		
Die Viertel, in denen überwiegend Fabrikproletariat wohnt:		
	Hasenkleeper.	Kiog.
Wedding	3,255	2,108
Rosenthaler Vorstadt	5,603	4,006
Hamburger Vorstadt	1,352	1,364
	10,210	7,478
Die Viertel, in denen Beamte, Rentiers, Pensionäre vorherrschen, aus denen das Proletariat immer mehr über das Reichthum der Stadt hinaus verdrängt wird:		
	Hasenkleeper.	Kiog.
Gesundbrunnen	1,238	1,507
Roabit	1,392	2,180
Schönhäuser Vorstadt	3,380	4,745
Dramenburger Vorstadt	1,157	2,036
	7,167	10,468

Bedenkt man nun noch, daß viele Arbeiter, die im 4. und 6. Wahlkreis wohnen, oft in weit entfernten Quartieren arbeiten (insbesondere die Bauarbeiter) und daß diese Arbeiter bei Stichwahlen sehr oft nicht früher Feierabend machen dürfen als ihre Kollegen, die in anderen Wahlkreisen wohnen, also am Wahltag nicht teilnehmen können, so erhält damit der „große Sieg“ der Fortschrittler erst seine schönste Illustration.

Und schließlich ist noch hervorzuheben, daß die fortschrittlichen Wahlvorsteher im 4. Wahlkreis 445 Stimmentel für ungültig erklärt haben. Wie die Herren bei solchen „ungültig“ Erklärungen vorgehen, hat sich 1878 gezeigt, wo ein fortschrittliche Wahlvorsteher im 124. Wahlbezirk 10 auf H. W. Frey'sche lautende Stimmentel für ungültig erklärte, weil das „I“, ein anderer

Also, die Arbeiter haben mehr gearbeitet und mehr verdient, von 1878 bis 1880 ist ihr Lohn um 70 Mark pro Jahr gestiegen. Sehr schön. Aber was kommt uns da für eine Erinnerung in den Sinn! 70 Mark? Richtig, so viel macht ja nach der sehr niedrigen Schätzung des Völkenscheider Konsumvereins die infolge des neuen Zolltarifs eingetretene Erhöhung der Lebensmittelpreise pro Jahr für eine fünfköpfige Arbeiterfamilie aus. Da wäre es also mit dem Mehrerwerb Effig! Der Arbeiter schafft mehr, kriegt auch höheren Lohn, aber er kann doch um keinen Cent besser leben als zuvor. Der Segen der Zollreform besteht für ihn nur in der „größeren Durchschnittsleistung“. Wie ihn dieses Bewußtsein erheben muß, den ausgehungerten Proletariat!

Aber es gab wenigstens mehr Arbeit! Richtig, das steht unumstößlich fest. Schade nur, daß als Vergleichszahlen die des Jahres 1878, in welchem die Krisis auf ihrem Gipfel war, angenommen worden sind, und daß in den Jahren 1879/80 der kolossale Mehrbedarf Amerikas an Eisen und Stahl in dieser Branche eine stehende Tätigkeit und mittelbar auch eine enorme Steigerung des Kohlenbedarfs hervorrief, so daß der Versuch, diese Steigerung dem neuen Bismarck'schen Zolltarif zu gute zu schreiben, bei besonnenen Kritikern, wie die Sozialdemokraten nun einmal sind, auf argen Widerspruch stoßen dürfte.

Können wir aber für heute die Zollfrage ganz bei Seite, und sehen wir uns die obigen Zahlen lieber noch einmal an. Der glänzende Lohn des Jahres 1880, auf wie viel beläuft er sich eigentlich?

Auf 525 Mark, das heißt auf 10 Mark pro Woche.

Ist das nicht großartig?

Ja, Mark pro Woche für so einen Nichtstuer, der den ganzen Tag faulsteht und Schnaps kauft? Ja, Mark pro Woche, das macht: Eine Mark 44 Pfennige pro Tag, und davon soll ein Arbeiter nicht komfortabel wohnen, seine Familie anständig ernähren, für patriotische und religiöse Zwecke Geld — ausgeben und sich für sein Alter ein hübsches Kapital ersparen können? Eine Mark 44 Pfennige pro Tag für eine Arbeit, so gesund und so angenehm wie kaum eine andere, und da gibt es immer noch Menschen, die mit den heutigen Löhnen nicht zufrieden sind? Da gibt es immer noch Sozialdemokraten, die von Ausbeutung reden?

Ausbeutung! Richtig, wie sieht es denn eigentlich damit? Vielleicht geben uns die obigen Zahlen auch darüber Auskunft. Im Jahre 1880 betrug die Summe

der Arbeitslöhne 17,082,651. —
der Werth der Steinkohlenproduktion 37,970,164. —
Ueberschuß 20,887,513. —

Davon kommt nun freilich ein Theil für Ausrüstung der vorhandenen Einrichtungen, Verwaltungskosten etc. in Abzug, den wir aber mit 3,800,000 M. schwerlich zu niedrig annehmen — der Rest, der den Kapitalisten und Unternehmern in die Tasche fließt, beträgt dann immer noch 17,082,000 Mark, d. h. gerade soviel als die Arbeiter insgesamt erhalten haben. Jeder Arbeiter schafft in einem halben Arbeitstage soviel, als er bezahlt erhält, während der anderen Hälfte des Arbeitstages aber schafft er umsonst, für Andere, für die Taschen der Kapitalisten. Und da der Kapitalist nur wenige, der Arbeiter aber gar viele sind, so darbt und hungert der Arbeiter bei seinem um die Hälfte gekürzten Lohne, der Kapitalist aber, der die andere Hälfte der Löhne von hundert und mehr Arbeitern einstreicht, läßt sich's wohl bekommen. Warum sollte er auch nicht? Hat er nicht gute Freunde, Männer der Wissenschaft, die ihm vom berechtigten Unternehmergewinn, vom gesägten Arbeitslohn, Entschädigung, Risikoprämien, göttlicher Eigenthumsordnung etc. vor-schwätzen? Sorgen nicht Staat und Kirche dafür, daß solche „gesunde“ Aufschauungen immer wieder aufs Neue dem Volke eingebläut werden, daß die Schwärmer und Demagogen, die von Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, von „geschicktem erlaubtem Diebstahl“ reden, eingekerkert und außer Landes geht — daß die Arbeiter, wenn sie sich in ihrer Verzweiflung aufbäumen und revoltiren, mit Gewalt zur Vernunft gebracht werden? Also nur immer fort fortgesetzt in dulci judio, je mehr die „Kanaille“ gedrückt wird, um so gefügiger wird sie.

Die „Kanaille“ wird Euch einen Strich durch die Rechnung machen, Ihr Herren!

Auch diesmal sind wir noch nicht in der Lage, eine vollständige Aufstellung der Wahlerfolge unserer Partei zu veröffentlichen. Die Zeitungen haben nur die ersten Wahlnachrichten ausführlich gebracht, später beschränkten sie sich darauf, nur über die Stimmen der Hauptparteien in den betr. Kreisen zu berichten, so daß uns aus einer Reihe von Wahlkreisen, wo wir namhafte Stimmen auf unsere Kandidaten verrington, die entscheidenden Zahlen noch nicht vorliegen. Denn auch unsere Genossen — und das sei hiermit als Mahnung gesagt — haben es zum großen Theil noch nicht der Mühe für werth erachtet, dem Parteiorgan das Wahlergebnis ihres Kreises mitzutheilen. Wir denken, dieser Appell an ihr Pflichtgefühl wird genügen!

„Wir haben ihn, Er hat nicht uns!“ „Die Leute des Fürsten Bismarck“ und zwar die in puncto seines „Staatssozialismus“ und Staatsharlotismus „berufenen“ haben sich mit unseren Parteigenossen in Berlin in Berlin-

Millionen von Männern, Frauen und Kindern sich abrodern, verblümmern, leben und vor Erschöpfung und Entbehrung ankommen, lediglich um zum Vortheil einiger Exportdominanten einen Mehrerwerb zu erzeugen, der in Frankreich allein mehr als vier Milliarden jährlich ausmacht, in einladende gesellschaftliche Verhältnisse umzuwandeln.

„Als mächtiges Mittel der Förderung hat eine neue Idee in der französischen Arbeiterpartei Boden gewonnen: die Eroberung der Vertretung der vorgezeichneten Gemeinden, um die öffentliche Verwaltung sozialistisch zu organisiren und auf mehreren Punkten gleichzeitig der Bourgeoisregierung Schach zu bieten, besonders indem man zeigt, was die Organisation der kommunalen Verwaltungen für die Befreiung der Arbeiter zu leisten im Stande ist.“

„Inzwischen würde uns ein näheres Eingehen auf diese Frage zu weit führen und sind wir der Ansicht, daß sie besser in das Manifest hinein-paßt, welches das Nationalkomitee nach seiner Konstituierung an die Föderationen richten wird.“

Das Manifest beschäftigt sich zum Schluß noch mit den abweichenden Ansichten eines positivistischen und zweier anarchistischer Delegirten. In Bezug auf Letztere heißt es:

„Die Tisler,“ vertreten durch Bürger Legard — „verlangen die sofortige Abschaffung aller Regierungen. Wenn wir auch keine Anhänger dieser unverwundlichen Abschaffung sind, so sind wir doch der Ansicht, daß die gesellschaftlichen und moralischen Fortschritte die Idee der Regierung immer mehr aufheben. Der freiwillige Kommunismus ist die Gesellschaft der Zukunft; er wird zur Verwirklichung kommen, wenn ihn der Ueberfluß an Produkten und die freiwillige Uebernahme der Pflichten seitens der Menschen des neuen Zeitalters möglich gemacht haben werden.“

„Zwischen dem Bürger Maza de und der Mehrheit der Kommission besteht, da Ersterer den wissenschaftlichen Sozialismus als Zwischenstadium acceptirt, keine Differenz.“

So der Bericht, mit dem wir zwar in einigen untergeordneten Punkten nicht ganz übereinstimmen — so theilen wir die an die Eroberung der kommunalen Vertretungen geknüpften Hoffnungen nicht — den wir aber im Großen und Ganzen, und namentlich in Bezug auf seinen prinzipiellen Theil als ein bedeutungsvolles Manifest auffassen, denn er zeigt, daß unsere französischen Brüder wieder einen mächtigen Schritt nach vorwärts gemacht haben in der Ausmerzung jener sektirischen Annahmen, welche ihnen bisher so verhängnisvoll gewesen sind, daß sie mit uns gemeinsam auf dem Boden der materialistischen Weltanschauung stehen, der Grundlage des kommunalistischen Manifestes.

ung gesetzt und ihnen einen Bündnißvertrag angeboten. Wenn drei (unabhängig gemachte) „Führer“ der deutschen Sozialdemokratie auf alle „Unsturzbestrebungen“ verzichteten und für die sozialen Kurpfuschereien des Junkers Bismarck eintreten wollten, so soll die Aufhebung des Sozialistengesetzes und des kleinen Belagerungszustandes erfolgen, und Bebel's und Hasenklever's Kandidatur unterstützt, d. h. durch die Stöcker-Bagner'schen Stimmen durchgesetzt werden.

Fürst Bismarck, so wurde — abermals von „berufenen“ Seite — versichert, sei durch das Resultat der Wahl ganz gebrochen, er habe es so gut mit den Arbeitern gemeint und werde so grausam von ihnen verkauft; wenn er nicht von den Arbeitern und Sozialdemokraten unterstützt werde, könne er sich gegen den Ansturm der siegreichen Bourgeoisie nicht behaupten, und sei entschlossen, seine Demission zu nehmen. Und die Arbeiter und Sozialdemokraten würden dann finden, daß sie sich nicht verbessert.

Solches und Aehnliches wurde gesprochen, die laudendsten Versprechungen gemacht.

Die Antwort war ein energisches Nein! und Non possumus!, das schon an die bekannte Einladung des Ritters mit der Eisernen Hand anklangte.

Vorstehende Mittheilungen sind authentisch.

„Mit den Urhebern und Gehörtsbüchern des Sozialistengesetzes gibt es für die deutsche Sozialdemokratie keinen Waffenstillstand, keine Veröhnung; nur Eine Lösung: Kampf auf Leben und Tod!“ schrieben wir vor Monaten.

Und in diesem Kampfe ist es nicht die Sozialdemokratie, welche verlieren wird.

Fürst Bismarck ist am Ende seines Latens, bankrott mit seiner Staatsweisheit und seinen Regierungskünsten.

Die deutsche Sozialdemokratie aber marschirt stolz dem Siege zu.

Das Sozialistengesetz in Gefahr. Was wir in unsern Wahlartikeln des letzten Monats betont haben, ist eingetroffen. Die einfache Thatsache, daß sich am 27. Oktober die Sozialdemokratie fast überall in ihrer alten Stärke auf dem Kampffeld einstellte, hat auf die große Masse der deutschen Arbeiter geradezu elektrisirend gewirkt. Die glänzenden Resultate bei den Stichwahlen sind ein schlagender Beweis, daß unsere Partei recht daran gethan hat, ihr Dasein durch Theilnahme am Wahlkampfe zu manifestiren. Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß, wenn wir heute noch einmal in den Wahlkampf eintreten müßten, wir nicht nur viele Wahlkreise zurückerobern, sondern auch eine ganze Anzahl neuer gewinnen würden. Das Beste ist aber, daß unsere weisen Staatsmänner plötzlich einsehen, wie sehr sie sich mit ihrem „schöneidigen“ Anstößengesetz blamirt haben und offen eingestehen, daß dasselbe seinen Zweck in keiner Weise erfüllt habe. Natürlich dürfen wir uns dadurch nicht zu der Illusion verleiten lassen, daß sie nun auch ihre Erfahrung beherzigen werden, gewisse Leute werden auch durch Schaden nicht klug und die Rage läßt das Raufen nicht, aber freuen dürfen wir uns dessen und freischen Muth schöpfen zu weiterem Kampfe.

Die größte Angst, daß das Sozialistengesetz abgeschafft werden könnte, haben seine eigentlichen Väter, die Nationalliberalen. Thatsache ist, daß die Majorität, welche dasselbe schuf, verdrückt ist. Doch wird das Centrum, sobald es hoffähig ist, vielleicht ein Einsehen haben und sich des Wechselbalges annehmen. Bismarck aber läßt durch seinen Vindictor die geängstigten Liberalen höllern:

Wenn Ihr meine Sozialreform nicht annehmt, so habe ich kein Interesse, das Sozialistengesetz aufrechtzuerhalten, also entweder — oder! Und wenn kein Mittel hilft, dieses wird sie fire machen, die edlen Kämpfer für die Freiheit — der Bourgeoisie.

Die Stichwahlen sind vorüber, und im Allgemeinen haben die Genossen, dem Beschluß des Wiedener Kongresses entsprechend, da, wo unsere Gegner unter sich kämpften, sich der Abstimung enthalten. Denn wenn auch der betr. Beschluß nicht unbedingt die Theilnahme an solchen Stichwahlen verbietet, so lieh doch der Grundgedanke desselben darauf hinaus, die milde Form wurde nur gewählt, damit wir uns für ganz ausnahmsweise, unvorhergesehene Fälle nicht die Hände binden. Inwiefern dieser Rathschluß nun an den wenigen Urten zutrifft, wo unsere Genossen doch an dem Kampfe unserer Gegner theilnahmen, darüber hat nach unserer Ansicht nicht die Redaktion des Parteiorgans zu entscheiden, sondern in erster Linie die Partelleitung, in zweiter und endgültiger der Kongreß. Wir enthalten uns daher vorläufig jeder Kritik der uns in dieser Beziehung bekannt gewordenen Vorgänge, durch wiederholten Hinweis auf den oben erwähnten Kongreßbeschluß glauben wir unserer Pflicht genügend nachgekommen zu sein. Gegebenes läßt sich ohnehin nicht ungeschicklich machen.

Kein Kompromiß. Unsern glänzenden Sieg in Mainz sucht die reaktionäre Fortschrittgesellschaft dadurch zu verbunkeln, daß sie von einem „Bündniß der Sozialdemokraten mit den Ultramontanen“ („Roth und Schwarze“) fabelt. Dieses Bündniß ist einfach von unseren Feinden erfunden. Wie die Abstimmungsabelle beweist, haben die katholischen Stimmen sich zwischen Philipp's und Liebknecht vertheilt.

Einige Ziffern werden dies zeigen: Genesheim (kath.) gab am 27. Oktober 76 Stimmen für Philipp's, 175 für Liebknecht, 203 für (den Ultramontanen) Frank. Bei der Stichwahl am 5. November erhielt Philipp's 145 Stimmen, Liebknecht 193. Hier war also der größere Theil der abgegebenen katholischen Stimmen auf Philipp's gefallen. In Brezenheim erhielt am 27. Oktober: Philipp's 98, Liebknecht 180 und Frank 109 Stimmen — am 5. November Liebknecht 216, Philipp's 142. Auch hier fiel die größere Hälfte der katholischen Stimmen auf Philipp's. Und so an verschiedenen anderen Orten. Die Sache ist: die demokratischen Katholiken stimmen für Liebknecht und die reaktionären, die den Kulturkampf vergessen konnten, für Philipp's. Von Seiten der Sozialdemokraten haben weder direkt noch indirekt, weder schriftlich noch mündlich irgend Verhandlungen mit den Katholiken stattgefunden. Das katholische Wahlkomitee erklärte sich bekanntlich offiziell für Wahlenthaltung, und die Geistlichen wirkten überall in diesem Sinne. Das Volk ging aber seine eigenen Wege. In einer Wählerversammlung zu Ebersheim trat der katholische Geistliche dreimal gegen Liebknecht auf und predigte, unter Hinweis auf die Gottlosigkeit der Sozialdemokraten, Wahlenthaltung. Seine Weisheitsfinder künmererten sich aber nicht um den Rath ihres „Hirten“, dem Liebknecht natürlich die Antwort nicht schuldig blieb, und stimmten fast Mann für Mann sozialdemokratisch. Es darf nicht vergessen werden, daß der Kulturkampf unter dem katholischen Volk einen starken demokratischen Geist erweckt hat, welchen die Herren Windthorst und Comp. nicht zu bannen vermögen.

Das ist gerade bei der Mainzer Wahl eskalant zu Tage getreten. Das katholische Volk hat sich nämlich positiv gegen Windthorst u. Comp. ausgesprochen. Man lese nur nachstehende Korrespondenz der „Frankf. Ztg.“:

Mainz, 8. November. Das (ultramontane) „Mainzer Journal“ erklärt heute, daß weder dem Wahlkomitee der hiesigen (katholischen) Volkspartei, noch der Redaktion des „Mainzer Journals“ das Geringste von einem Schreiben oder Telegramm des Herrn Windthorst bekannt ist, in welchem die Wahl des Herrn Dr. Philipp's empfohlen wurde,“ und fordert uns auf, mit den alten-mächtigen Belegen hervorzutreten. Wir haben gedacht, daß die Bestimmtheit, mit der wir unsere Angabe machten, das „M. J.“ überzeugen würde, daß sie auf Wahrheit beruht. Wir veröffentlichen nicht gern Privatbriefe, da aber das „M. J.“ auf der Vorlage von Aktenstücken besteht, so theilen wir aus einem

Briefe des Herrn Dr. Windthorst an Herrn Sonnemann vom 4. November folgende Stelle mit:

„In Anlaß Ihres Schreibens vom 3. d. M. habe ich heute wiederholt nach Mainz geschrie-ben und habe mich für die Wahl des Herrn Dr. Philipp's ausgesprochen. Da ich nicht weiß, ob bei der in Mainz herrschenden Aufregung auf meinen Wunsch Rücksicht genommen wird, so gebe ich anheim nach Mainz zu fahren und dort mit den einflussreichen Persönlichkeiten selbst zu verhandeln.“

„Wir haben vorerst keinen Anlaß, an der Richtigkeit der vom „M. J.“ abgegebenen Erklärung zu zweifeln; selbstverständlich haben wir auch nicht den mindesten Grund, die Angabe des Herrn Dr. Windthorst in Zweifel zu ziehen. Dann aber müssen die Briefe des letzteren irgendwo untergeschlagen worden sein. Könnte das „M. J.“ sich nicht darnach erkundigen, wo und von wem dies geschehen ist?“

Dies die Korrespondenz, die von Herrn Sonnemann selbst her-rührt und keinen Widerspruch gefunden hat, noch finden wird. Sie ver-räth den ganzen Jesuitismus unserer pseudodemokratischen Gegner, welche unserer Partei ein „Bündniß mit den Schwarzen“ an-lügen, das sie selber heimlich abgeschloffen haben. Fürwahr, weiter läßt die politische Heuchelei sich nicht treiben. Um das Raub-voll zu machen, hat auch das Journal des Herrn Sonnemann gegen uns diesen Vorwurf erhoben, desselben Herrn Sonnemann, der ein paar Tage zuvor brieflich um die Protektion Windthorst's gebettelt hatte! Ueberhaupt hat die „Frankfurter Zeitung“ und Herr Sonnemann in dem heutigen Wahlkampf eine höchst zweifel-hafte Rolle gespielt, wovon an anderer Stelle mehr. Heute sei nur noch er-wähnt, daß die „Frankf. Ztg.“ in ihrem letzten Artikel zur Stichwahl zwischen Sonnemann und Döll für den Fall der Wahl des letzteren ganz unvershoren mit dem kleinen Belagerungszustand flunkerte — genau wie die Dresdner und sonstigen Reaktionsäre.

Die eine reaktionäre Masse. Als Anfangs September im sächsischen Landtag die sozialdemokratischen Abgeordneten beim „Jubel-schrei“ der Verfassung auf die Rechtslosigkeit der ärgsten Partei im Lande hinwiesen, erklärten sich, durch ihr Verhalten, alle Parteien des Land-tages, die „demokratischen“ Fortschrittler mit eingeschlossen, mit diesem Zustand der Rechtslosigkeit einverstanden.

Als Bebel am 5. November die Injamie des Leipziger Belagerungs-zustandes brandmarkt, stellten sich alle Parteien des Landtages, die „demo-kra-tischen“ Fortschrittler mit eingeschlossen, auf Seite der Regierung, und machten, indem sie Viehwech's Antrag auf Eröffnung einer Debatte ein-stimmig verwarfen, die sozialdemokratischen Abgeordneten münd-lich gegenüber den feigen und kindischen Verleumdungen des Ministers von Roski-Ballwig.

Als es sich am 10. November für die fortschrittlichen Wähler Dres-dens (von den Stöcker'schen reden wir nicht) darum handelte, zwischen dem Sozialdemokrat Bebel und dem Reaktionsär Stübel zu wählen, ent-schieden sich die fortschrittlichen Wähler des „Demokraten“ Wigard (!) — fast ausnahmslos für den Reaktionsär Stübel. Der Vergleich, der am 27. Oktober und bei der Stichwahl abgegebenen Stimmen läßt in Bezug auf diesen Punkt keinen Zweifel zu. Wer will angeht's solcher Thatsachen noch leugnen, daß die nichtsozialdemokratischen Parteien allesamt Reaktionsäre sind?

Liberaler Logik. Das Sozialistengesetz wird leider nicht mehr lange in Kraft bleiben, senzt angeht's des Ausfalls der Wahlen das Leipziger Tag(die)blatt. Und in derselben Nummer, wo diese von einer ganz besonders niederträchtigen Genossenschaft zeugende Notiz steht, jammert das nationalliberale Organ darüber, daß die Sozialisten, die doch vor allem Demokraten sein wollen, in Plauen für den konservativen Kandidaten gegen seinen Genossen stimmen konnten.

Nun, wir wissen nicht, ob und warum unsere Genossen in Plauen für den konservativen Kandidaten gestimmt haben, und nehmen an, daß der nationalmiserable Schweinschädelmonteur in dieser Beziehung nur ge-sunkert hat, soviel aber sollte doch selbst ein Redakteur des Hauptblattes der Intelligenzstadt Leipzig begreifen, daß ein größerer Gegenstand als der zwischen Feindesleichen und der Sozialdemokratie gar nicht denkbar ist. Wenn wir überhaupt bei Stichwahlen unter unseren Gegnern eingreifen würden, die Sperte müßte unter allen Umständen beseitigt werden.

Warum sind wir in Glauchau (Sachsen) unter-legen? Eine Antwort darauf finden wir in der neuesten Nummer des „Staatssozialisten“. In einem Artikel „Zur Bagabundenfrage“ heißt es da: „Ein ungenügend helles Licht wirft auf den Streisahl auch der Bericht, den eine vom königlichen sächsischen Ministerium des Innern eingesetzte Enquete-Kommission unterm 18. Mai d. J. über den Rothband der Glauchau-Meerane-Weberdistrikte erstattete. Man ersieht daraus zweierlei:

1. wie durch Einführung der Maschinenarbeit bloß in einem Industrie-bezirkel an 50,000 Arbeiter ihre Beschäftigung verlieren und
2. wie die an ihre Stelle getretenen Maschinen bloß für ca. 5000 Menschen neue Beschäftigung bieten und trotzdem noch viel mehr Pro-dukte erzeugen, als früher 60,000 Menschen mit Handwebstühlen, so daß etwaige „Tretmühlen“, d. h. Zwangswerkstätten, die man für 50,000 beschäftigungslose Leute einrichten wollte, für ihre Erzeugnisse keinen Markt finden würden.

In den Orten Glauchau und Meerane arbeiteten früher 30,700 Handstühle mit 50,000 bis 60,000 Personen. Von den in den Jahren 1875 bis 1878 eingeführten 3695 mechanischen Webstühlen sind gegen-wärtig nur 2427 im Gang. Von den 30,700 Handstühlen gehen nur 3,197.

In Meerane sind seit zwei Jahren in Folge der Arbeitslosigkeit sämtliche Weber an mechanischen Stühlen und die meisten Handweber nur mit dem niedrigsten feuergefährlichen Einkommen betrage (300 M. jährlich) in das Kommunalanlagens-Kataster eingestuft und außerdem noch, unter Berücksichtigung der drückenden Lage, nur mit der Hälfte des hie-rauf entfallenden einmaligen Quotenbetrages herangezogen worden.

Bei 500 Glauchauer Webern blieb die Zwangsvollstreckung wegen Steuerrückständen erfolglos; in Meerane von 1730 Zwangsvollstreckungen in einem halben Jahre (vom 1. Oktober 1880 bis 31. März 1881) sogar 1,313.“

Diese Zahlen sprechen deutlicher als die feurigen Brandschreien. Das ist der Segen der modernen Großindustrie! In das tiefste Elend schleu-der sie ihre Opfer, entrastet, entmüdet sie, raubt ihnen die geistige Spannkraft, den Lebensmuth. Die Arbeiterbevölkerung Glauchau-Meerane's ist verstimmt, zum Theil verhungert, d. h. der Krampfsteige anbeimgelassen, politisch rechtlos gemacht. Und trotzdem haben diese Armen mit auf-opferndem Eifer für den Kandidaten ihrer Ueberzeugung gewirkt, trog-dem haben sie eine Stimmenzahl für Kuer erzielt, die unter den ob-waltenden Verhältnissen eine außerordentlich große genannt werden muß. Das liberale Gefindel jubelt über die Niederlage Kuer's, preißt den Sieg der „Ordnung“ als eine Heldenthat — ja die „Ordnung“ herrscht in Glauchau-Meerane, die herrliche Ordnung des Massenelendes, freut Euch dessen nur, Ihr Bestien in Menschengehalt, Eure Robbeit soll Euch nicht vergessen werden!

Königlich preussische Erbischleier. Ein Diktirende, seit den dreißiger Jahren bekannt und befreundet mit Ferd. Lingenau,

*) Soeben erschien von uns eine neue Nummer der sozialdemokratischen Korrespondenz, die die Herren Ordnungsfreunde sämtliche Steuer-rückstände den Armenklassen überwiefen und damit den betreffenden Arbeitern das Wahlrecht entzogen haben. So „besiegt“ man die Sozialdemokratie.

Korrespondenzen.

der sein Vermögen bei seinem Tode in Amerika der Sozialdemokratie und, da ein solches Testament angefochten wurde, Liebknecht, Bebel, Marx, Sorge und J. P. Becker vermachte, erzählt uns auf die in Nr. 44 des „Sozialdemokrat“ gebrachte Notiz, daß der Richter das zu Vermögen den Verwandten Lingenan's zuweisen wollte, daß Lingenan nur nach Österreich gekommen sei, um seinen verstorbenen Eltern, die auf dem Friedhofe des Kirchhofes Trempe begraben liegen, Denksteine setzen zu lassen, was er auch ausgeführt. Unser Berichterstatter hat damals mehrere Tage mit ihm in Gumbinnen zusammen verlebt, und später noch, nachdem die Denksteine aufgestellt waren, mit ihm mehrere Tage in Königsberg zusammen verbracht. Schon damals habe Lingenan seinen Plan, die Sozialdemokratie zu seiner Erbin einzusetzen, zu unserem Gewährsmann ausgesprochen und wiederholt betont, daß er ganz allein in der Welt stehe und gar keine Verwandte am Leben habe. Er erzählte von einer Schwester, die an einen Forstbeamten verheiratet gewesen, aber auch schon lange kinderlos gestorben sei. Wie mag es jetzt gelungen sein, noch Verwandte Lingenan's zu entdecken, von denen er selbst keine Ahnung gehabt? Uns scheint das mehr als sonderbar!

— Bravo! „Die konservative Partei aber braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn es ihr nicht gelingt, das arbeitende Volk für sich zu gewinnen, solange die Gottlosen Tretnähren- und Gensdarmen-Sozialisten in ihrer Presse das große Wort führen.“ Wo steht das? Im „Staatssozialist“. Und darum rufen wir noch einmal bravo! Konservative Tretnähren- und Gensdarmen-Sozialisten, das ist wirklich gut gesagt.

— Und weil wir einmal beim „Staatssozialist“ sind, wollen wir noch eine die heutige Gesellschaft brandmarkende Stelle aus ihm zitieren:

„Daß die Mehrzahl aller „Bagabunden und Bettler“ nicht Mäßig-gänger aus Wollust, sondern Bettler aus Nothwendigkeit und Arbeits-mangel sind, hat nun eine der ersten Autoritäten anerkannt. Entsetzt bin ich oft — rief Herr Gefängnisprediger Stursberg aus — Leute mit noch so wichtigen Händen und den besten Arbeitszeugnissen im Gehängnis zu finden, denen davor graut, die außer sich darüber waren, im Grunde nur deshalb bestraft zu sein, weil sie sich seit einiger Zeit, seit wenigen Wochen vergeblich bemüht, Arbeit zu finden.“

Entsetzt hat sich der Herr Pastor, wir aber, deren Blut heißer kocht, wir sind entrüstet, empört über so eine Schandwirthschaft und unsere ganze Kraft wollen wir einsetzen, ihr sobald als möglich ein Ende zu machen.

— Zum Kapitel der Wahlbeeinflussungen. Das kapitalistische Proletariat ist sich überall gleich. Um die „Freiheit“ gegen die Sozialdemokraten zu schützen, haben die Maßbürger in Sachsen das geheime Wahlrecht durch die insamesen Maßregeln zur Nichtigkeit gemacht, im Namen der „Freiheit“ haben sie dieselben Mittel im Ultramontanen und — Fortschrittler angewendet. Da es ihren Leuten somit selbst an den Krügen geht, so hat sich auch die fortschrittliche und fortschritts-freundliche Presse veranlaßt gesehen, nach Abhilfe zu streben. In der secessionistischen Berliner „Tribüne“ finden wir folgenden in mehr als einer Hinsicht charakteristischen Bericht:

Dortmund, 9. November. Im Verfolg meines gestrigen kurzen Berichtes über die hier zwischen Berger (Wider) und Lengmann (Fortschritt) stattgehabte Stichwahl kann ich Ihnen das Resultat wie folgt mittheilen: Von 41,000 Stimmberechtigten wählten 28,973, also über 70 Prozent, hiervon erhielt Berger 13,412 und Lengmann 15,561 Stimmen; Letzterer ist demnach mit 2149 Stimmen Majorität gewählt. Derselbe würde unzweifelhaft noch bedeutend mehr Stimmen erhalten haben, wenn nicht die Direktoren von vielen industriellen Werken auf ihre Arbeiter einen Druck ausgeübt hätten, wie wohl in diesem Jahre zuvor. Besonders hat sich der Hoerder Verein wiederum Wahlbeeinflussungen erlaubt, die aus Unzulässigkeiten bestehen. Die Arbeiter dieses Werkes wurden in einzelnen Trupps von ihren Meistern zu den Wahllokalen hingeführt. Hier wurden ihnen Zettel von — sage und schreibe — 245 mal 190 Millimeter Größe in die Hand gedrückt, die so kompakt auf eine ganz bestimmte Form zugeschnitten waren, daß die Wähler längere Zeit gebrauchten, ehe sie dieselben geöffnet hatten. Man wollte hiermit ein Durchstreichen des Namens „Berger“ verhindern. Die Wahl-tranquil, wie solche besonders in Hoerde ausgeübt wurde, war eine derartige, daß die Sache wohl der Staatsanwaltschaft angezeigt werden wird. Die ultramontane „Aemontia“ schreibt über diese Vorgänge: Das Resultat derselben muß mit Rücksicht auf die unerhörten, geradezu himmelschreienden Wahlbeeinflussungen der industriellen Werke als ein überaus glückliches, ja überaus glückliches genannt werden. In den westlichen Bezirken Dortmunds, in Hörde, Annen, Schwerte u. wurden die Arbeiter von den Meistern schaarenweise wie zur Schlachtbank geführt. Für jeden dieser Orte, je für jedes Wahllokal waren sechs verschiedene Zettel gedruckt, von den kleinsten Formaten in der Größe eines 2-Mark-Stückes bis zu der Größe eines Cindobogens, welche letztere so künstlich zusammengelastet waren, daß man mehrere Minuten gebraucht, um sie los zu bekommen. Damit wurde verhindert, den Namen Berger zu durchstreichen. Die Arbeiter erhielten diesen Zettel vor den Wahllokalen oder an einem bestimmten Sammelplatze und wurden dann bis zur Urne begleitet. Wir haben hunderte von Arbeitern gesehen, die leichenblasse und thranende Augen dem Gebote ihrer Meister gehorchen mußten. Eine solche Wahltramme, wie hier geübt ist, ist beispiellos, sie muß jeden halbwegs anständigen Menschen auf Tiefste empören. Herr Rechtsanwalt Lengmann hätte mindestens noch 3000 Stimmen mehr bekommen, wenn die Wahl eine wirkliche freie gewesen wäre. Es ist die höchste Zeit, daß der Reichstag hier Abhilfe schafft. Die Wahlbeeinflussungen gingen so weit, daß selbst amtlich beratende Mitglieder des Wahlvorstandes Listen führten über die erschienenen Wähler und solche an die „liberalen Wahl-komitees“ abgaben. Wir können mit Namen dienen, da wir uns selbst davon überzeugt haben.“

Wahltramme, himmelschreiend, Schlachtbank — und das in demselben Blatte, welches ein wahres Bismarckianum aufstimmte, als es seinen Freunden mit den gleichen Mitteln gelungen war, Liebknecht und Luer aus ihren alten Wahlkreisen herauszuwählen. Die Entrüstung wird daher wohl nicht lange vorhalten. Wenn es den Herren ernst wäre, so bräuchten sie nur den im Frühjahr 1878 von den sozialistischen Abgeordneten Bloß und Wolf eingebrachten Antrag auf Abänderung der Wahlfreyes anzunehmen, den sie damals der Mandatsprüfungskommission zum anständigen Vorgehen überwießen. Sie werden sich aber noch befinden.

— Oesterreich. Die Hinwegschamotirung der Gesetze auf dem in letzter Zeit so beliebt gewordenen administrativen Weg wird von der österreichischen Regierung mit immer größerer Frechheit betrieben. Neuerdings hat es das Ministerium fertig bekommen, die ganze konfessionelle Gesetzgebung der „liberalen“ Ära mit einem Federstrich zu beseitigen. Dank der Nachlässigkeit und Schlanderhaftigkeit, mit der die Liberalen ihre Gesetze machten. Es hat erklärt, daß es konfessionelle Kinder in Oesterreich nicht geben dürfe, und daß jedes Kind konfessionslos oder Eltern in derjenigen Religion unterrichtet werden müsse, welcher die Eltern vor der Erklärung ihrer Konfessionen,losigkeit angehörten.

Und da sage man noch, daß Graf Taaffe ein völlig unfähiger Mensch sei! Wie viel Geistesarmuth er auch mit der Muttermilch eingelesen haben mag, eines besitzt er, was ihn vorzüglich zum österreichischen Minister geeignet macht: eine kolossale Unverschämtheit.

— Frankreich ist nun endlich so glücklich, ein Ministerium Gambetta zu besitzen. Abgesehen vom Unterrichtsweisen, dessen Leiter, Herr Paul Bert, ein bestiger Gegner des Ultramontanismus ist, bleibt sonst Alles so ziemlich beim Alten, nur die Personen wechseln.

— St. Dresden, 11. November. „Mit allen Mitteln!“ lautete die Parole, unter welcher die Reaktion bei der hiesigen Stichwahl den Kampf gegen den Kandidaten des arbeitenden Volkes führte. Die hiesige Schmutz-Prese, allen voran die antisocialistisch-fortschrittlich-konservative „Dresdener Nachrichten“ überschütteten uns Wochen lang tagtäglich mit Verleumdungen und niedrigen Angriffen, welche keine Erwiderung finden konnten, da die Aufnahme unserer Annoncen verweigert wurde, und unsere hiesige Zeitung so schon längst von der vorerwähnten Kreisdruckmanufaktur unterdrückt ist, auch Wahlversammlungen polizeilich verboten worden, obgleich sie selbst das Sozialistengesetz zuläßt. Dazu kam die Androhung des kleinen Belagerungsstandes, welche von hohen Beamten öffentlich proklamiert wurde, um die Wähler zu beeinträchtigen, und schließlich am Wahltag selbst die faktische große Belagerungszustand; die Polizei fiel, sobald es dunkel wurde, mit Säbel und Bajonett über das Volk her und freierte eine Orgie, wie sie zu Nero's Zeiten wohl kaum schlimmer von den Schergen der Gewalt inszeniert worden ist. Der Plan der Polizei, einen Vorstoß zu provozieren, wurde der Bevölkerung schon klar, als sie am Wahltag früh an den Straßenecken die amtliche Verfügung las, es seien im Interesse der „Ordnung“ alle Zusammenrottungen u. verboten, und die Paragrafen betreffend Widerstand gegen Beamte, welche gleichfalls angeschlagen waren, zu beachten. Diese Bemerkung wurde durch die Verleumdung der Polizei bestätigt, welche sich in der Stadt herumtrieb und namentlich auf der Weissen Gasse vor Kapfers Zigarettenladen, wo Stimmzettel für Bebel verteilt wurden, fortwährend Reibungen mit dem Volke suchte. Es ließ sich jedoch Niemand provozieren, und alle unsere Parteigenossen, über 10,000 an der Zahl, schritten zur Urne und gaben ihre Stimmen ab. Das indifferente Publikum, welches immer noch weit eher sich prinzipiell zu uns als zu einem Oberbürgermeister neigen würde, wenn die Wahl unbeeinträchtigt wäre, ließ sich jedoch durch das Vorgehen der Polizei völlig einschüchtern. Es erkannte mittels seiner von den „Dresdener Nachrichten“ verbreiteten phibischerhaften Anschauungen in den Polizei-Erweisen den Anfang der Revolution, die als Folge der Wahl Bebel's von allen Schmutzblättern der Stadt unaufhörlich angekündigt war, und fiel als Stimmloch willenlos den Stillebüchsen in die Hände. Die Treiber holten denn auch unter Mißbrauch der amtlichen Wahllisten ihre Stimmzettel aus allen Häusern, hinter allen Thüren hervor, und als die Wahl geschlossen war, ergab sich für den Reaktionsär eine Stimmzahl von 14,143, während Bebel 10,856 erhalten hatte. Dieser Erfolg war für die Polizei das Signal, ihre Orgie zu beginnen. Da Versammlungen nicht stattfinden durften, promenierte die Wähler zahlreich aber ruhig auf den Straßen, bis plötzlich ein Geschrei erhob und Bajonette blinkten. Die Polizei hatte sich mit Flinten bewaffnet und überre die beschlossenen Straßen, indem sie das Publikum, oft von zwei entgegengesetzten Seiten gleichzeitig, zurücktrieb und dadurch ein großes Gedränge bewirkte. In dieses Gedränge anglieder Passanten wurde dann mit Säbel und Bajonett eingekesselt, und es gab zahlreiche Verwundungen. Auf dem Postplatze wurde einem Arbeiter ein Auge ausgehauen, auf der Wildstrasserstraße einem Mann durch einen Säbelhieb der Schädel verletzt. Viele Verhaftungen wurden außerdem vorgenommen und das Alles, ohne daß eine Handlung, ein Ruf oder auch nur ein Wort des Widerstandes gefallen wäre. Gegen 7 Uhr drang der Polizeikommissar Paul augenscheinlich in betrunkenem Zustande in Kapfers Laden ein und schrie überlaut, das Geschäft sei geschlossen. Ein Arbeiter, welcher noch eine Zigarette wünschte, wurde von den Gensdarmen auf's Plaster geschleudert. Um die Bevölkerung zu erhöhen, wurde blinder Feuerlärm gemacht, und es erschienen Spritzen mit Jodsalzbeleuchtung in dem Gedränge auf der Weissen Gasse. Später drang Paul auch in die Restauration von Peters und erklärte die anwesenden Gäste für eine Versammlung, die er hiermit auflöse. Wenn das Volk nicht mit so heroischer Geduld dies Alles hätte über sich ergehen lassen, hätte es ein wirkliches Blutbad gegeben, und der schnliche Wunsch der Behörde, die Sozialdemokraten abzuschlachten zu können, wäre in Erfüllung gegangen. Aber das Geschehene schon zeigt uns, in welchen Händen wir uns befinden.

— Aus dem 2. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, Anfang November. Das ganz Schleswig-Holstein, mit Ausnahme des 9., wo der konservative Graf Holstein gewählt wurde, und des 1. Wahlkreises, wo infolge der Verzahntheit die beiden Kandidaten der Dänischgekauften, Laufen und Junggreen, in Stichwahl kommen, liberal gewählt hat, darauf thun sich die liberalen Blätter etwas zu gute. Wie es aber mit den liberalen Gesinnungen der Gewählten beschaffen ist, wird wohlweislich nicht erzählt. Ramentlich ist es der 2. Wahlkreis, wo der Liberalismus des Kandidaten sehr bedenklicher Natur ist. Der Kandidat der Liberalen aller Schattirungen, Amtsrichter Franke in Berlin, steht mit dem Dänen, Redakteur J. Johansen in Hensburg, in Stichwahl und wird bei derselben als Sieger aus der Urne hervorgehen, da die Konservativen, voran ihre gesinnungsethischen Zeitungen, bereits zur Wahl für den Nationalliberalen Propaganda machen. „Was schlägt sich, was vertritt sich?“ Vor dem 27. Oktober waren sie die ärgsten Feinde, da wollte der konservative Kandidat nicht nur für das Tabakmonopol und obligatorische Innungen eintreten, auch noch mehr indirekte Steuern wollte derselbe, falls die Erträge des erdernen nicht zur Deckung der notwendigen Ausgaben ausreichen, bewilligen. Durch Flugblätter und Wahlzettel in ihren Organen traten die Nationalliberalen dem entgegen und haben namentlich in der Stadt Hensburg, wo ihr Kandidat 1100 Stimmen auf sich vereinigt, während der Konservative noch nicht einmal die Hälfte erhielt, Fortschritte zu verzeichnen. Aber wie freisinnig Amtsrichter Franke ist, bezogte er in einer Anfang Oktober abgehaltenen Versammlung, wo einer der Unserigen denselben frag, wie er sich zu dem Sozialistengesetz stelle.

Der auch-liberale antwortete darauf, daß seine Partei die Vorlage im Mai 1878, wie bekannt sei, abgelehnt habe, da aber nach Auflösung des damaligen Reichstages das Volk das Gesetz gegen die Sozialdemokratie verlangt habe, hätte die nationalliberale Partei ihren Wählern Genüge leisten müssen. Ein echter Liberaler das!

Nach dem Tode des bisherigen dänischen Kandidaten Krüger-Betost haben die Anhänger desselben den Redakteur Johansen vom Hensburg-Vote proklamiert. Derselbe hat es verstanden, in einer dänischen Wählerversammlung sich ein freisinniges Mäuschen umzuwandeln, indem er sich auf den Standpunkt der Fortschrittspartei stellte. Später erklärte derselbe noch durch eine Annonce, daß er auch prinzipieller Gegner aller Ausnahmegeretze sei. Trotz dieses Vauerntungs-Kühnheites hat unser Kandidat, Wilh. Hansen-Lever, 353 Stimmen erhalten. 100 Stimmen mehr als bei der Erstwahl im November 1879. Das will für unsere Verhältnisse immerhin viel sagen! Unsere Zusammenkünfte in der freien Natur haben das Nöthige gethan, die Genossen anzuregen zu energischer Agitation.

Fahren wir in der bisherigen Weise fort, so kann es nicht fehlen, bei den ferneren Wahlen neue Anhänger zu gewinnen. Nur nicht im Unterminiren des Volens erlahmen, unsere Gegner liefern ja Stoff genug dazu.

— Karlsruhe. Vor Jahresfrist schloß ich meinen Bericht mit dem Wunsche, daß ein jeder Genosse seine Schuldigkeit thun möge, um das Jahr 1881 glücklich durchzuschreiten! Der heiß ersehnte Tag der Wahl kam endlich heran, und wir können mit dem 27. Oktober zufrieden sein. Die hiesigen Sozialdemokraten haben trotz aller nur möglichen Polizeihandlungen, trotz der schmerzlichen Entfernung unseres angeschlagenen Platotes, welcher zur Wahl Drechsbachs anforderte, trotz der Verhaftung ihrer Stimmzetteltreuer am Rathhause, ihre Stimmzahl verdoppelt.

Es fielen auf unsere Kandidaten 1383 Stimmen gegenüber 717 im vorigen Wahlgange. Hätte die sogenannte demokratische Volkspartei diesmal nicht im Wege gestanden, was früher nicht der Fall war, wir würden noch bedeutend mehr gewonnen sein! Daß die Behörden in hiesiger Stadt während über den Ausfall der Wahl sind, ist klar. „Hier findet Ihr kein Recht“, donnerte der Stadtdirektor, zugleich Wahlvor-seher, wozu unserer Leute entgegen, welche sich wegen der vorgenommenen Verhaftung beschwerten.“

So Manches wäre noch zu berichten, doch für diesmal genug. Der Raum des Blattes wird jetzt nicht ausreichen, um alle mit den diesmaligen Wahlen verbundenen Klumpen ausführlich zu schildern. Mit sozialdemokratischem Gruf!

— Schwäbisch Hall, 10. November. Die Reichstagswahl hier ist vorüber, Herr v. Bülck, bekannt durch seinen Abrißungsantrag,

ist gewählt, und hat nun durch ein selbstherrschende Dankagung in den Anstaltblättern des hiesigen 11. würt. Wahlkreises, verbunden mit einem kleinen Ausfall auf den Gegenkandidaten und dessen Anhänger, Letztere zu einer Erklärung veranlaßt, welche die Fortsetzung des Kampfes und der gegenseitigen Schmeicheleien bedeutet — ist übrigens kein Fehler, das Volk lernt dadurch diese Männer und Parteien immer besser kennen.

Was nun unsere Wahlkandidatur mit Bebel betrifft, so haben wir gerade die Hälfte Stimmen auf Bebel vereinigt wie 1878 auf Wahlrecht, nämlich 142 (1878 — 289), woran zwar weder der Wechsel des Kandidaten noch das Ausnahmegeretz Schuld ist, sondern das zu späte Eintreffen der Wahlflugblätter (mit welchen wir die Aufmerksamkeit unseres Kandidaten erst bekannt machen konnten) und die Plantheit, wenn nicht Muthlosigkeit hiesiger Genossen; es zogen sich nämlich einige unter ganz wichtigen Vorwänden von der Wahlagitiation vollständig zurück, was nicht zu verzeihen ist und was Einfender dieses im Parteiorgan gerügt haben möchte.

Gestern Abend wurde wiederum, wie alle Jahre, auf einer hiesigen Anhöhe ein Leuchtfeuer angezündet, zur Erinnerung an den Nord, der am 9. November 1848 an dem edlen Volksmann Robert Blum verübt wurde, ohne daß bis heute das Volk die Sühne an den Urhebern und ihrem Ueblicher vollzogen hat. Doch die Zeit der Vergeltung kommt immer näher heran. Ob ihnen, nämlich den Nordern Blum's und anderer edler Männer, nicht bange wird angesichts des Ausfalls der Reichstagswahlen, welche die Volkstrennung nach links hark und vernünftiger andeuten, und angesichts der Erfolge der Sozialdemokratie bei den Stichwahlen trotz Sozialistengesetz, Hungerpeitsche und Zuckerbrod Bismarck? ob es ihnen nicht unheimlich wird? Wir aber rufen fröhlich: Glück auf zu den weiteren Stichwahlen und ein Hoch auf die Sozialdemokratie!

— Wir beschäftigen gern, daß der aus Gohlis bei Leipzig als Gemeinderathmitglied ausgewiesene Schriftsteller Oscar Penker durchaus nichts gemein hat mit dem in Nr. 44 des „Sozialdemokrat“ erwähnten Anarchisten Penker. Letzterer ist, soviel wir wissen, von Gaus aus Maler.

Letzte Nachricht.

Genosse Bruno Geiser, der mit der vorher in Chemnitz nach nie von uns erreichten Zahl von 14,566 Stimmen gewählte Abgeordnete ist, angeblich auf Requisition von Berlin, plötzlich verhaftet worden.

Sprechsaal.

Warnung.

Der Schreinerzuberlein in Zürich warnt hiermit vor einem gewissen Leonhard Ochsenkiel von Reuhaus in Sachsen, der sich in höchst gemeiner Weise seinen Rechenarbeiten gegenüber ausföhrt und einem derselben beim Fortgehen einen neuen Ueberzieher entwendet. Gleichzeitig wird um Auskunft über den gegenwärtigen Aufenthalt des Genannten gebeten.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemafregelten nicht!

Briefkasten

der Redaktion: W. in 3. Koller hat seit dem Jahre 1877 Lokalnотizen für die „Berliner freie Presse“ geliefert, den selben Theil redigirte damals Wolf. Von einer Koller'schen Kandidatur ist nicht bekannt. Dem Dr. Max Trautl wurde im vorigen Jahre von der Redaktion der „Neuen Welt“, für die er zeitweise Beiträge geliefert hatte, die Hürde gemessen, worauf er aus Rache ein „freisinnig-liberal“ Blatt gründete. Von Seiten der Gedrübter Kapell liegt weder ein Abgabebrief noch ein Akt vor, der auf einen Gesinnungswechsel schließen ließe. Die Zurücknahme der Ausweisung erfolgte, weil sich die Genannten, von denen jeder Familie hat, seit Jahresfrist von der Agitation zurückziehen. — Korrespondenzen aus Korbach und Kopenhagen in nächster Nummer.

der Expedition: Columbus: Folgen fortan 65. Alles erh. — Kamenpen: Nr. 12. — Ab. 4. Nr. erh. Weiteres siehe Adressat. — F. Jonscher R. 3. Nr. 207, 20 u. Cto. erh. — Kassenfund Post: 5. R. 5. — a. Cto. erh. Ep. unbekannt. Romanen ohne Bedarf. Probe erbeten. — Dr. W. Fern: Nr. 2, 10 Ab. 4. Cto. u. Schft. erh. — Justus: Nr. 2. — Ab. 4. Cto. erh. — Serlow: R. 9, 90 Schft. u. erhalten und hiervon R. 3, 85 in Schw. Karten und Portocost. retrogebucht. Antwort am 12, 10 eingedr. abgeg. — St. 9. R.: Nr. 6. — Ab. 4. Cto. erh. Nachl. auf 1. Cpl. mehr bemitt. — S. R. Soltsch: Der Vermiste ist wohl noch eingetroff. Enthält Quitt. Weiteres dd. verw. — Woldemar: Nr. 2. — Ab. 4. Cto. erh. Egr. Bericht noch nicht zu haben. — C. R. 2. Nr.: R. 3, 20 Ab. 4. Cto. erh. Nachlgr. bemitt. Alles fort. — Th. v. W.: R. 1, 50 f. 1, Nr. Ab. erh. — Michel Stieber: Schft. mit 44 Abgg. Silberhandel unmöglich, da Specien zu hoch. In 45 sollt Septbr. heissen. — Schüring: Ablösung bewirkt. Gruf! — F. P. Ch.: Wann und wie haben Sie betr. Kro. reklamirt und warum sollten wir Nachlgr. verweigern, wenn sie möglich ist? Solche Unterstellung nicht hark nach „kreibbaren Pfarrherren“. „Richt für ungu!“ Herr Cooperator! — Wre: Folgen 5 mehr durch Beispd. Warum sonst so Schweigsam? — Vermin: R. 15, 70 boar und R. 6, 40 p. Regent. a. Cto. Ab. u. Schft. eingest. Edg. war nicht früher mögl. — Köggr. 3. (6): Nr. 3, 67 Nr. 3. Cto. erh. Kat. liegt bei 47. — Egrl. 815: R. 2. — Ab. Rev. u. Den. erh. — Def. Br.: R. 1, 50 Ab. 1, Nr. erh. — (-): 5. R. 7. — f. Schft. erh. Wk. am 17. mehr. — R. E.: Nr. 3. — u. G. R. Nr. 1. — f. Wkds. durch M. B. erh. Pdsqn. später. — Karl Lehmann: Abrechnung erh. Keutkes vorgem. Harrah den „Schwarzen“ und den Kotheln! — F. H. 3.: Sendung d. 16. d. erhalten. — R. Verggren R. 3.: Wf. v. 1, 11. erh. Edg. für W. Pds. dd. erwarret. Pdsquitt. später. — W. - R.: Nr. 22. — a. Cto. erh. u. Nr. 2. — Gegenrechnung eingest. Wo bleibt denn aber das ganz Alte? — Friedr. Bloch: Abrechnung erh. Weiteres vorgem. — 3. Nr. 3.: Nr. 2, 40 Ab. 4. Cto. u. Schft. erh. Nr. 3. — f. 3. Ab. 4. Cto. f. G. u. P. gutgebr. — G. 3. Krähwinkel: Nr. 37. — d. Wkds. dd. zugew. — u. R. d.: R. 3. — Ab. 4. Cto. erh. Udd. richtig — gestellt. — Frauenfeld: Nr. 1, 60 d. Wkds. dd. zugew. — G. Wk. Nr. 3. — f. Schft. x. erh. — R. Bleibren Brght.: Nr. 1, 10 erh. Brief. Käreres. Moralische Actine, die öffentlich ihr geschnipptes Zigaretten rauchen und Spitzbuben austheilen, kann man nicht einmal mit etwas Pöbelstunde, geschweige denn mit Wehring an's richtige „Denken und Sprechen“ gewöhnen. — u. d. a. ambulante W. littenbrandstiftungs-Kassenschmittglied: Dieweil „Wir“ im Weltbrandstiftungs-Kassenschmittglied zu London neulich saßen, daß „Ihr“ auch zu Zeiten in diesen Ort verkehrt die erlauchtesten Kaffen, und daß man „Euch“, aller „Erleuchtung“ sonst voll, noch gründlicher heimwärts leuchten soll, so möchten ein menschliches Mähren „Wir“ sparen. — (Kann fortgesetzt werden.)

Zur Beachtung!

London Comm. Arbeiter-Bildungs-Verein

49 Tottenham Street. Tottenham Court Road. Die Wirthschaft des Vereins ist geöffnet von Morgens 9 bis Nachts 12 Uhr. Wir ersuchen die reisenden Genossen auf unsere Adresse zu achten.

Der Vorstand.

*) Er ist der Milchbruder Franz Josephs, des Urgefesidten.